

Klaus Schaeffler

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen. Venezuela in verschiedenen Integrationsräumen

1. Die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Venezuelas im 20. Jahrhundert

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hatte Venezuela mit der Last von aufgelaufenen Auslandsschulden sowie deren massiver Einforderung durch die damaligen Großmächte zu kämpfen. Dem vorausgegangen war nach der Bewältigung der internen Konflikte ein schwieriger Prozess der politischen Konsolidierung, der erst die Grundlage für eine internationale Anerkennung schuf. Vor dem Hintergrund dieser zunächst anfänglich instabilen Relationen mit dem Rest der Welt gestaltete sich auch die Institutionalisierung einer systematischen Außenwirtschaftspolitik genauso langsam und schwierig wie die Konsolidierung des Staates selbst (Cardozo de Silva/Hillmann 2003).

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts noch relativ isoliert von der internationalen Wirtschaft und bis zum Beginn der internationalen Vermarktung des venezolanischen Erdöls in diesem Zeitabschnitt wurde die venezolanische Exportwirtschaft fast ausschließlich von Kaffee- und Kakaoausfuhren getragen. Zusammen mit der Herstellung der innenpolitischen Stabilität konzentrierten sich die Bemühungen der Regierung unter Juan Vicente Gómez (1908-1935) außenpolitisch auf die Sicherung der Landesgrenzen und die Begleichung der Auslandsschulden (Cardozo de Silva/Hillmann 2003).

Die in diesem Zeitraum stattfindende Transformation Venezuelas in ein Erdöl produzierendes und exportierendes Land leistete damals einen wichtigen Beitrag zur Neudefinierung der Konzeptionen von Stabilität und Ordnung, die auch die Außenpolitik beeinflusste. Die Aufnahme der kommerziellen Produktion und des Exports von Erdöl in größerem Umfang nach dem ersten Weltkrieg haben gleichzeitig eine neue außenwirtschaftliche Struktur Venezuelas begründet und diese bis heute festgeschrieben. Die Öl-export-/Gesamtexportquote erreichte bereits Anfang der 1930er Jahre zeitweise über 80%. Mit den Vereinigten Staaten, bereits damals der wichtigste Handelspartner Venezuelas, schloss das Land eine Reihe von außenwirtschaftlichen Vereinbarungen ab (Morón 1964).

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren der vom Kalten Krieg gekennzeichneten internationalen Beziehungen, ergaben sich für Venezuela nicht nur Bedrohungen von außen, sondern gleichzeitig auch neue Chancen. Eine relativ lange Periode demokratischer Stabilität begünstigte die Entfaltung einer zunehmend aktiven Außen- und Außenwirtschaftspolitik.

1960 gab Venezuela zusammen mit dem Irak, dem Iran, Kuwait und Saudi-Arabien den Anstoß zur Gründung der OPEC (*Organization of the Petroleum Exporting Countries*), eines Zusammenschlusses Erdöl produzierender Länder, der mittlerweile 13 Mitgliedsstaaten angehören, um gemeinsame Interessen gegenüber den Verbraucherländern zu wahren und durch eine Regulierung der internationalen Rohölproduktion für stabilere Ölpreise zu sorgen (Keller 2004).

Unabhängig vom Erdöl jedoch wurden mit Beginn der demokratischen Periode Venezuelas die Diversifizierung und Neuordnung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Teil der außenpolitischen Agenda des Landes. Ab 1964, während der Regierung unter Raúl Leoni (1964-1969), nahm Venezuela an der UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*) teil. 1966, sechs Jahre nach ihrer Gründung, trat Venezuela der lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC (*Asociación Latinoamericana de Libre Comercio*) bei. Anfang 1974, unter der Regierung Rafael Caldera (1969-1974), schloss sich Venezuela dem vier Jahre zuvor ins Leben gerufenen Andenpakt an, dem damals neben Venezuela die Länder Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru angehörten. Der Eintritt Venezuelas in den Andenpakt machte wegen der darin enthaltenen Meistbegünstigungsklausel die Kündigung des Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten erforderlich.

Bedingt durch Phasen hoher Erdölpreise in den 1970er Jahren unter der Regierung Carlos Andrés Pérez (1974-1979) und noch einmal Ende der 1980er Jahre erzielte Venezuela in rund 20 Jahren mehr Deviseneinkommen als in seiner gesamten vorherigen Geschichte. Am Ende dieser Periode hatte das Land jedoch wenig wirtschaftliches und sozialpolitisches Kapital daraus geschlagen. Schon bald zeigten sich die Folgen der übermäßigen Außenorientierung der venezolanischen Wirtschaft und der Vernachlässigung einer Diversifizierung ihrer Produktionsstruktur (Keller 2004), obwohl man bereits seit den 1950er Jahren – wie auch anderswo in Lateinamerika – auf das Modell der Importsubstituierung setzte, das mithilfe hoher Zölle und dirigistischer staatlicher Eingriffe den Aufbau eigener Industrien und die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen sollte. Es wurden kaum Anstrengungen un-

ternommen, die Arbeitsproduktivität und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen, und nennenswerte Exportkapazitäten außerhalb des Erdölsektors konnten nicht geschaffen werden (Keller 2004). Aufgrund der aus den Erdölexporten rührenden hohen Devisenerlösen und der daraus resultierenden chronischen Überbewertung der heimischen Währung entstanden Anreize für umfangreiche Einfuhren von Gütern, die im Inland zu diesen Preisen nicht hätten hergestellt werden können. Problematisch dabei war und blieb bis heute stets die starke Abhängigkeit vom Erdölsektor, der zeitweise für über 90% der Außenhandelserlöse verantwortlich war und gegenwärtig knapp 95% der auf den Außenhandel entfallenden Deviseneinnahmen bestreitet (siehe Tab. 1). Venezuelas Wirtschaft blieb in all diesen Jahren unverändert stark anfällig für die Folgen von Schwankungen der Rohstoffpreise auf den Auslandsmärkten. Trotz des Überflusses an natürlichen Ressourcen konnte Venezuela paradoxerweise deshalb auch nicht der internationalen Verschuldungswelle der Länder der Dritten Welt in den achtziger Jahren entfliehen (Cardozo de Silva/Hillmann 2003); fallende Erdölpreise führten zu einer Schuldenkrise, die 1983 ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Abwertung der lange Zeit stabilen heimischen Währung erreichten.

Die Konzentrierung auf kritische Probleme im Zusammenhang mit der Regimestabilität, die zunehmend drückende Schuldenlast und regionale Konflikte (Malvinas/Falkland, Mittelamerika) reduzierten zunächst die außenwirtschaftspolitische Präsenz unter den Regierungen Luis Herrera (1979-1984) und Jaime Lusinchi (1984-1989), um dann von Anstrengungen hinsichtlich einer Verbesserung der außenwirtschaftlichen Koordinierung mit regionalen Partnern abgelöst zu werden.

Soziale Proteste und fehlgeschlagene Militärputsche im Februar und November 1992 führten zu einer Erosion der Legitimität der zweiten Regierung unter Carlos Andrés Pérez (1989-1993), der im Mai 1993 seines Amtes enthoben wurde. Der Stellenwert, den die Handelsliberalisierung und wirtschaftliche Integration während der nicht vollendeten Regierungszeit von Pérez einnahmen, wurde unter der Übergangsregierung von Ramón J. Velázquez und der zweiten Regierung Caldera (1994-1999) in seiner Bedeutung reduziert (Cardozo de Silva/Hillmann 2003).

Der IWF (Internationaler Währungsfonds) wurde zunehmend kritisiert, obwohl 1996 ein Beistandspakt ausgehandelt werden musste, mithilfe dessen ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm implementiert wurde. Mit den Präsidentschaftswahlen von 1998 kam Oberstleutnant Hugo Chávez an die

Macht, mit dem sich Stil und Inhalt der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik stark veränderten. Bilaterale wirtschaftliche Beziehungen und die regionalen Integrationsansätze wurden danach mehr geopolitischen und geostrategischen als wirtschaftlichen Zielen unterworfen. Infolge dieser Neuorientierung waren die Jahre nach 1998 von einer geographischen Schwerpunktverlagerung der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik gekennzeichnet sowie vom Abschluss zahlreicher internationaler Wirtschaftsvereinbarungen mit neuen Handels- und Kooperationspartnern.

2. Das Verhältnis Venezuelas zu den USA

Venezuela und die USA sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Als der weltweit siebtgrößte Erdölexporteur und der größte der westlichen Hemisphäre zählt Venezuela zu den Hauptlieferanten der USA, die für Venezuela gleichzeitig der bedeutendste Abnehmermarkt dieses Rohstoffs sind. Dies gilt auch noch, nachdem die venezolanischen Erdölexporte in die USA in den letzten Jahren sukzessive gesunken sind und der Anteil des Erdöls aus Venezuela an den amerikanischen Erdölimporten, der in den 1960er Jahren rund 50% betrug, ebenfalls zurückging. Waren es 1997 noch 1,77 Mio. Fass/Tag, so importierten die USA zehn Jahre später nur noch 1,36 Mio. Fass/Tag aus Venezuela, was rund 10% ihrer Rohölgesamteinfuhren ausmacht (EIA). Damit blieben die USA jedoch der größte Abnehmer Venezuelas und sein wichtigster Handelspartner. Von den Ausfuhren Venezuelas in Höhe von insgesamt über 100 Mrd. US\$ wurden 2008 mit 49,8% die Hälfte an den Nachbarn im Norden ausgeliefert, gefolgt von den Niederländischen Antillen mit 8% (Erdöl an die PDVSA-eigene Raffinerie auf Curaçao) und China mit 4,7% (vgl. Tab. 1 und 2).

**Tabelle 1: Entwicklung des venezolanischen Außenhandels 1995-2008
(in Mrd. US\$)**

	1995	2003	2005	2008
Gesamtexporte	16,02	27,71	57,41	100,10
Erdöl und -derivate	11,06	18,79	48,98	94,52
% der Gesamtexporte	69,00	67,80	85,30	94,40
Andere	4,96	8,92	8,43	5,58
% der Gesamtexporte	31,00	32,20	14,70	5,60
Gesamtimporte	13,59	8,34	21,85	45,13

Quelle: Banco de Comercio Exterior (Bandoex)/Gerencia de Inteligencia Comercial.

Tabelle 2: Entwicklung des venezolanischen Außenhandels mit ausgewählten Ländern 2004-2008 (in Mrd. US\$)

	2004	2005	2008
USA			
Einfuhren aus Venezuela	21,77	28,07	49,82
Ausfuhren nach Venezuela	4,85	6,66	11,85
Handelsaustausch	26,62	34,73	61,67
China			
Einfuhren aus Venezuela	0,26	0,28	4,72
Ausfuhren nach Venezuela	0,45	1,04	4,22
Handelsaustausch	0,71	1,32	8,94
Kolumbien			
Einfuhren aus Venezuela	1,08	1,41	1,01
Ausfuhren nach Venezuela	1,69	2,40	6,76
Handelsaustausch	2,77	3,81	7,77
Brasilien			
Einfuhren aus Venezuela	0,25	0,30	0,90
Ausfuhren nach Venezuela	1,23	1,99	4,07
Handelsaustausch	1,48	2,29	4,97
Kuba			
Einfuhren aus Venezuela	1,01	3,55	3,82
Ausfuhren nach Venezuela	0,11	0,53	0,36
Handelsaustausch	0,12	4,08	4,18
Deutschland			
Einfuhren aus Venezuela	0,19	0,37	1,11
Ausfuhren nach Venezuela	0,49	0,64	1,36
Handelsaustausch	0,68	1,01	2,47

Quelle: Banco de Comercio Exterior (Bandoex) Gerencia de Inteligencia Comercial.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Ländern spiegelt sich aber auch in der Struktur der venezolanischen Einfuhren wider. So stammten 2008 nach vorläufigen Angaben 11,9 Mrd. US\$ oder 26,3% der Gesamteinfuhren Venezuelas in Höhe von 45,1 Mrd. US\$ aus den USA, mit weitem Abstand gefolgt von Kolumbien mit 15,0% und China mit 9,4% (vgl. Tab. 1 und 2).

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Venezuela manifestieren sich ebenfalls bei den Investitionen. Die USA sind der

größte Auslandsinvestor in Venezuela. Auf amerikanischem Territorium sind die Raffinerien der amerikanischen Golfküste, an denen der größte Teil der venezolanischen Erdölimporte angelandet wird, mit der für die Raffinierung mittelschwerer venezolanischer Rohöle erforderlichen Technologie ausgestattet. Dort besitzt auch die staatliche venezolanische Erdölholding PDVSA (Petróleos de Venezuela, S.A.) mit der Citgo Corporation ihre weltweit größte Auslandsfiliale. Die in Houston (Texas) beheimatete Citgo betreibt drei Raffinerien mit einer kombinierten Produktionskapazität von 755.000 Fass/Tag sowie zahlreiche Pipelines, Ölterminals und ein bedeutendes Tankstellennetz im Süden der USA mit rund 14.000 Servicestationen.

Die venezolanische Regierung hat unter Präsident Chávez außenwirtschaftspolitisch Nord- und Südamerika zwei unterschiedlichen Blöcken zugeordnet und die Absichten der USA zurückgewiesen, neben Mexiko auch Chile und sogar Venezuela zu den Bedingungen Washingtons in das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (*North American Free Trade Agreement*) aufzunehmen. Trotz dieser Ablehnung und den wachsenden Bemühungen Venezuelas um eine Reduzierung der traditionellen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA durch den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu neuen Handelspartnern wie China, Russland, Weißrussland, Vietnam, Iran und Indien hat sich am Gewicht der USA in der venezolanischen Außenhandelsstatistik sowohl auf der Seite der Einfuhren als auch der Ausfuhren bis heute wenig geändert.

Die politischen Beziehungen der beiden Länder waren in den letzten Jahren von starken Spannungen geprägt. Besonders der venezolanische Präsident Chávez übte sich in antiamerikanischen Gebärden und Beschimpfungen seines amerikanischen Amtskollegen George W. Bush. Lautstark zwischen beiden Regierungen über Mikrofon-Diplomatie ausgetragene Meinungsunterschiede standen auf der Tagesordnung. Venezuela beendete die formale militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, verweigerte der US-Drogenüberwachung Überflugrechte und kündigte zeitweise die Zusammenarbeit mit der amerikanischen DEA (*Drug Enforcement Agency*) auf. Die USA verhängten ihrerseits ein Waffenembargo über Venezuela und entzogen hohen venezolanischen Militärs die Einreisevisa. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erreichten schließlich einen vorläufigen Tiefpunkt mit der im Oktober 2008 erfolgten Ausweisung des amerikanischen Botschafters durch Venezuela, der umgehend die Ausweisung des venezolanischen Botschafters aus den USA folgte. Die wirtschaftliche Realpolitik blieb aber selbst von Friktionen dieses Umfangs weitgehend unbeeinflusst.

und die bilateralen Handelsbeziehungen gestalteten sich nach wie vor ziemlich reibungslos. Zu groß ist die gegenseitige Abhängigkeit. Die USA brauchen venezolanisches Öl und Venezuela braucht die USA als Absatzmarkt für sein Erdöl (Maihold 2008) und als nahe gelegenen Beschaffungsmarkt für eine große Zahl von Gütern, die im Monoproduktionsland Venezuela nicht hergestellt werden.

3. Venezuela als Mitglied regionaler wirtschaftlicher Integrationsbündnisse

Venezuela ist Gründungsmitglied der 1980 über den Vertrag von Montevideo gegründeten lateinamerikanischen Integrationsvereinigung ALADI (*Asociación Latinoamericana de Integración*), der Rechtsnachfolgerin der Lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC. Im Rahmen des Vertrags von Montevideo verfolgen die insgesamt zwölf Mitgliedsstaaten der ALADI Ziele im Zusammenhang mit der Förderung des intraregionalen Handels, der gegenseitigen Gewährung von Zollpräferenz und der Markteröffnung für Mitgliedsstaaten ohne Gegenseitigkeitsprinzip.

Obwohl Venezuela Anrainerstaat der Karibik ist, hat es in der 1973 gegründeten Karibischen Gemeinschaft CARICOM (*Caribbean Community and Common Market*), die aus der Karibischen Freihandelszone CARIFTA (*Caribbean Free Trade Area*) hervorging und 15 Mitglieder hat, nur Beobachterstatus.

Bei den Verhandlungen zur Gründung des Andenpakts, die 1969 mit der Unterzeichnung des Abkommens von Cartagena erfolgte, war Venezuela noch dabei. Das Land gehörte dann zunächst jedoch nicht zu den Gründungsmitgliedern. Diese waren Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Venezuela schloss sich dem Pakt zum 1. Januar 1974 an und Chile kehrte demselben am 30. Oktober 1976 den Rücken zu. Aus dem Andenpakt wurde 1997 die andine Staatengemeinschaft CAN (*Comunidad Andina de Naciones*). Im April 2006 erklärte dann Venezuelas Staatspräsident ohne vorherige Konsultationen mit Wirtschaftsvertretern seines Landes völlig überraschend den Austritt aus diesem Integrationsbündnis und forderte Bolivien gleichzeitig dazu auf, dasselbe zugunsten des Gemeinsamen Markts Südamerikas MERCOSUR (*Mercado Común del Sur*) zu verlassen, was bisher jedoch noch nicht geschah.

Als Grund für den Austritt nannte Präsident Chávez das im November 2005 zwischen Peru und den USA geschlossene Freihandelsabkommen – es trat zum 1. Februar 2009 in Kraft – sowie den im Februar 2006 zwischen den

USA und Kolumbien unterzeichneten Handelsvertrag, der von den USA allerdings noch nicht ratifiziert wurde. Nach Meinung des venezolanischen Staatspräsidenten waren diese beiden Abkommen sowie die damals zwischen Quito und Washington laufenden Wirtschaftsverhandlungen geeignet, die Grundlagen der Andengemeinschaft zu zerstören. Der Austritt Venezuelas entfaltet seine volle Wirkung fünf Jahre nach der Austrittserklärung.

Gleichzeitig mit dem Verlassen der Andengemeinschaft gab Venezuela bekannt, die Mitgliedschaft im 1991 gegründeten MERCOSUR anzustreben, dem bisher die Länder Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehörten. Die Umsetzung dieser Ankündigung erfolgte bereits drei Monate später im Juli 2006, als Venezuela fünftes Mitglied des MERCOSUR wurde. Das Land verpflichtete sich, binnen vier Jahren den derzeit gültigen Normenbestand dieses Wirtschaftsverbunds zu übernehmen. Der Zollunion soll Venezuela erst bis 2014 voll beitreten (Husar/Maihold 2006). Zurzeit hat Venezuela jedoch noch kein Stimmrecht im MERCOSUR. Der brasilianische Senat hat dem Beitritt nach langem Zögern im Dezember 2009 zugestimmt; die Zustimmung des Parlaments von Paraguay steht noch aus und kann erst erfolgen, wenn die Mehrheit ihren Widerstand gegen den Beitritt aufgibt.

4. Die Neuausrichtung der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik ab 1999

Im Gleichklang mit der Außenpolitik hat auch die Außenwirtschaftspolitik Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez neue Wege eingeschlagen. Bereits kurz nach Beginn seiner Amtszeit machte der venezolanische Staatspräsident den Kurswechsel deutlich. So führte ihn eine seiner frühen Überseereisen in den Irak, wo er im August 2001 als erster und einziger westlicher Staatsoberhaupt nach dem Golfkrieg von 1991 Saddam Hussein besuchte, und nach Libyen. Auf den überaus zahlreichen Reisen der folgenden Jahre besuchte Chávez unter anderen Ländern und zum Teil wiederholte Male den Iran, China, Russland, Weißrussland, Vietnam und Indien – Länder, deren Staatsoberhäupter und Regierungschefs diese Besuche erwiderten und mit denen im Laufe der Jahre zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen wurden.

Auf seinen häufigen Überseereisen hat sich Chávez das Konzept einer multipolaren Welt angeeignet und die Rolle Venezuelas im internationalen Konzert neu definiert. Nach dieser neuen Definition soll die Abhängigkeit von den Ländern der "Ersten Welt", vor allem von den USA, abgebaut und Multipolarität an die Stelle von Unipolarität treten. Im Vordergrund stehen

dabei die Diversifizierung im Sinne einer Auffächerung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, neue Integrationsansätze in Lateinamerika sowie die Verwendung des Erdöls als Hauptinstrument der venezolanischen Hemisphärenpolitik.

In Lateinamerika selbst hat Venezuela aufgrund der steigenden Erdölpreise und der daraus resultierenden Erhöhung seiner Importkapazität den Außenhandel mit den Nachbarstaaten Kolumbien und Brasilien stark ausgedehnt, wobei diese beiden Länder in ihrem bilateralen Handel mit Venezuela wachsende Handelsbilanzüberschüsse verbuchen konnten (vgl. Abb. 2). Aber auch Argentinien profitierte vom neuen Reichtum Venezuelas und fand in dem Land einen Erdöllieferanten für die Behebung seiner vorübergehenden Engpässe in der lokalen Energieversorgung sowie einen aufnahmefähigen Absatzmarkt für Fleisch, landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine Reihe von anderen Produkten. Zwischen staatlichen Energieunternehmen beider Länder wurde eine bilaterale Zusammenarbeit aufgenommen, Venezuela orderte in Argentinien den Bau von Tankschiffen und kaufte in großem Umfang argentinische Schuldentitel auf, die sonst niemand haben wollte.

Im karibischen Raum ist auf die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung Venezuelas mit Kuba hinzuweisen. Aufgrund des Umfangs und der Vielschichtigkeit dieser Beziehungen werden diese von einigen Autoren bereits in den Zuständigkeitsbereich der venezolanischen Innenpolitik verwiesen.

Zur multipolaren Vision von Chávez und seiner außenwirtschaftlichen Kurskorrektur gehört aber auch die Stärkung der OPEC (Ecker 2005). Bereits kurz nach seiner Wahl im Dezember 1998 gab der venezolanische Staatspräsident bekannt, dass Venezuela nicht mit Saudi-Arabien um den US-amerikanischen Markt konkurrieren werde. Auch beendete er die von seinen Amtsvorgängern verfolgte Politik, die von der OPEC festgelegten Produktionsquoten zu verschmähen, und zeigte sich in den letzten zehn Jahren jedes Mal, wenn ein Rückgang der Erdölpreise drohte, regelmäßig als starker Befürworter der Verringerung dieser Produktionsquoten. Es muss allerdings in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass gerade Venezuela in jüngster Zeit – zusammen mit einigen anderen Mitgliedern des Ölkartells – den im Rahmen der OPEC getroffenen Vereinbarungen mehrmals nicht nachkam und die Förderquoten überschritt, für die das Land selbst gestimmt hatte.

4.1 Diversifizierung der internationalen Kooperation

Neben einigen anderen Ländern sind es in erster Linie China, der Iran und Russland, mit denen Venezuela in den letzten Jahren zahlreiche Kooperationsverträge geschlossen und seine Wirtschaftsbeziehungen stark ausgebaut hat. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern nicht nur außenwirtschaftlichen Überlegungen folgt, sondern maßgeblich auch aus geopolitischen und politisch-ideologischen Gründen geschieht.

4.1.1 Die asiatische Karte

Während die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Venezuela und China bis in das Jahr 1974 zurückreichen, wurden vor allem die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den Jahren ab 1999 zu einem wichtigen Bestandteil der Neuordnung der venezolanischen Außenpolitik. Der venezolanische Staatspräsident stattete China in diesen Jahren fünf Staatsbesuche ab: den ersten 2001 und den bisher letzten im September 2008, einen Monat nach der Ausweisung des US-amerikanischen Botschafters aus Venezuela.

Ende 2007 vereinbarten Venezuela und China die Einrichtung eines gemeinsamen Entwicklungsfonds, aus dem gemeinsame "strategische Projekte" finanziert werden sollen. China verpflichtete sich zu einer Einzahlung von 4 Mrd. US\$ in den Fonds, dessen Volumen mit insgesamt 6 Mrd. US\$ beziffert wurde, Venezuela sollte 2 Mrd. US\$ beisteuern. Es ist nicht bekannt, ob Venezuela seiner Einzahlungsverpflichtung bisher nachkam. Bei der von China beigesteuerten Summe handelt es sich nach chinesischen Quellen um das größte Darlehen, das China bisher einem Drittland zur Verfügung stellte. Die Amortisierung dieses Darlehens seitens Venezuelas erfolgt über Erdöllieferungen. Laufzeit, Preise und andere Konditionen wurden ebenfalls nicht veröffentlicht.

Bereits anlässlich des im Herbst 2008 erfolgten Besuches von Präsident Chávez in Peking wurde eine Aufstockung des Entwicklungsfonds auf 12 Mrd. US\$ vereinbart. Es handelte sich dabei um eine von zwölf neuen Wirtschaftsvereinbarungen. Zu ihnen gehörten unter anderen die Aktualisierung eines im Mai 2008 geschlossenen energiewirtschaftlichen Abkommens, die Übereinkunft zum Bau einer Raffinerie in der chinesischen Provinz Guangdong mit einer Verarbeitungskapazität von 400.000 Fass/Tag, zusätzlich zu einer bereits vorher beschlossenen Errichtung einer neuen Raffinerie. Damit wurden nach offiziellen venezolanischen Verlautbarungen zwischen

Venezuela und China bisher insgesamt 275 Vereinbarungen getroffen. Diese beinhalten – neben der gemeinsamen Inangriffnahme landwirtschaftlicher Entwicklungsprojekte – den Technologietransfer im Zusammenhang mit der Errichtung von Produktionsanlagen in Venezuela für die Montage von elektrischen Haushaltsgeräten, Computern und Mobilfunktelefonen. Auch soll China Venezuela bei Eisenbahnprojekten und im sozialen Wohnungsbau unterstützen.

Die Kooperation auf dem Gebiet der Telekommunikation geht über den Zusammenbau von Mobilfunktelefonen hinaus. Spektakulär in diesem Bereich war der erste kommerzielle Satellit Venezuelas, der in China gefertigt wurde und auch von chinesischem Boden am 30. Oktober 2008 in eine Erdumlaufbahn geschossen wurde. Es handelt sich um den Kommunikationssatelliten “Simón Bolívar”, der nach Angaben der venezolanischen Regierung Radio- und Fernsehübertragungen, der Übermittlung von Ausbildungs- und Erziehungsprogrammen sowie den Gesundheitsdiensten in abgelegenen Landstrichen der lateinamerikanischen Länder dienen soll.

Der Warenaustausch zwischen China und Venezuela erreichte 2008 wertmäßig knapp 9 Mrd. US\$. Kernstück des Handels zwischen den beiden Ländern ist für Venezuela das Ziel, bis 2012 1 Mio. Fass/Tag Rohöl nach China zu exportieren, womit China als Empfängerland venezolanischen Erdöls nach heutigem Stand fast mit den USA gleichziehen würde. 2005 verschiffte Venezuela nach offiziellen Angaben durchschnittlich 39.000 Fass/Tag Rohöl nach China, 2006 waren es 80.000 Fass/Tag, und 2008 sollen es rund 300.000 Fass/Tag gewesen sein. Bloomberg bezifferte das Volumen der venezolanischen Erdölexporte für 2008 mit 168.000 Fass/Tag (<www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=auVRU1EXUAb4#>). China seinerseits betreibt die Intensivierung des Handels mit Venezuela – wie auch den mit einigen anderen lateinamerikanischen Ländern – in erster Linie unter den Gesichtspunkten einer langfristigen Sicherung von Rohstoffen sowie dem Absatz von Industrie- und Konsumgütern. Im Falle Venezuelas ist China vor allem an Erdöl interessiert und es betrachtet Venezuela bereits heute neben Ländern wie Angola, Saudi-Arabien, dem Iran oder Russland, die weniger weit von China entfernt sind, als einen supplementären Öllieferanten. Neben der großen Entfernung zwischen den beiden Ländern besteht ein weiteres Problem allerdings darin, dass der staatliche Erdölkonzern PDVSA umfangreiche Investitionen benötigt, um die Zusagen erfüllen zu können. Diese werden zum Teil von chinesischen Erdöl-

firmen beigesteuert, die sich momentan als Partner in Explorations- und Förderprojekten im Orinoco-Gürtel engagieren.

Während seiner häufigen Reisen nach Peking ließ der venezolanische Staatspräsident, ähnlich wie bei seinen Besuchen im Iran oder in Russland, kaum eine Gelegenheit aus, die Vereinigten Staaten zu provozieren. Anders die chinesische Seite, die sich darum bemüht, die Beziehungen zu Venezuela auf eher diskrete Weise zu gestalten, schon um nicht allzu sehr den Argwohn der Vereinigten Staaten zu wecken.

Die wachsende Kooperation mit Vietnam dient nach Aussagen des venezolanischen Staatspräsidenten zunächst dazu, "gemeinsam die Flagge des Sozialismus hochzuhalten". Aber es bleibt wohl nicht dabei. Anlässlich eines Besuches des vietnamesischen Staatspräsidenten Nguyen Minh Triet in Caracas wurde im November 2008 ein Abkommen zwischen der staatlichen vietnamesischen Erdölgesellschaft Petro-Vietnam und der venezolanischen PDVSA unterzeichnet. Das Abkommen, das Vorhaben im Wert von 11,4 Mrd. US\$ umfassen soll, beinhaltet bilaterale Projekte zur Förderung schweren Erdöls im Orinoco-Gürtel sowie den Bau einer Raffinerie in Vietnam mit einer Verarbeitungskapazität von 200.000 Fass/Tag. Auch wurde bei dieser Gelegenheit ein gemeinsamer Investmentfonds in Höhe von 200 Mio. US\$ aufgelegt sowie der Bau einer Fabrik in Venezuela für die Montage leichter Lastwagen vereinbart.

Von Japan hat Venezuela zu nicht bekannten Konditionen einen Kredit in Höhe von 3 Mrd. US\$ erhalten, der mit zukünftigen Erdöllieferungen abgesichert wurde. Verhandlungen über weitere Darlehen in einer ähnlichen Größenordnung haben zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Beide Länder unterzeichneten 2009 jedoch insgesamt zwölf Kooperationsabkommen und vier Absichtserklärungen, im Rahmen derer Venezuela umfangreiche Investitionen aus Japan bei der Exploration und Förderung von Erdgas und Erdöl in Venezuela sicherstellen wollte. Der Wortlaut dieser Abkommen wurde ebenfalls nicht veröffentlicht.

In außenwirtschaftlicher Sicht spielt Chávez die asiatische Karte, um in erster Linie die wirtschaftliche Abhängigkeit seines Landes von den USA zu verringern und Venezuela den Zugang zu chinesischen und auch japanischen Krediten, Investitionen und fortgeschrittener Technologie zu erschließen.

4.1.2 Russland und Weißrussland

Die vor allem nach 2002 einsetzende Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Venezuela und den USA wurde begleitet von einer po-

litischen und wirtschaftlichen Annäherung von Chávez an Russland. Im Vordergrund des venezolanischen Interesses standen dabei der Erwerb von Waffen, die Durchführung gemeinsamer Energie- und Bergbauprojekte, Investitionen im Finanzsektor und verschiedene andere Projekte. Im Zusammenhang mit Russland sprach der venezolanische Staatspräsident verschiedentlich vom Aufbau einer strategischen Allianz der beiden Länder, die Venezuela vom "Yankee Imperialismus" befreien werde.

Zwischen 2005 und 2007 unterzeichneten Russland und Venezuela zwölf Abkommen über russische Waffenlieferungen nach Venezuela. Diese reichten von AK-47 Gewehren über den Bau einer Munitionsfabrik, Panzer, Hubschrauber und Unterseeboote bis hin zu Kampffjets. Der Wert der vereinbarten Waffenlieferungen, die erst zum Teil erfolgt sind, wird auf 12-15 Mrd. US\$ geschätzt.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Venezuela und Russland beschränken sich jedoch nicht nur auf Waffengeschäfte. Da weder Russland noch Venezuela im Bereich internationaler Spitzentechnologien wettbewerbsfähig sind und beide Länder stark von der Vermarktung von Rohstoffen abhängig sind, ergab sich – auch seitens Russlands – ein Interesse an der Zusammenarbeit bei fossilen Energieträgern und im Bergbau. Ungeachtet der starken preislichen Schwankungen bei diesen Rohstoffen setzen sowohl Caracas als auch Moskau auf das Öl als Schlüssel zur Ausweitung ihres internationalen Einflusses (Cohen/Walser 2008).

Ein Konsortium, bestehend aus fünf russischen Erdölfirmen, kooperiert mit der venezolanischen PDVSA bei der Exploration und Ausbeutung der umfangreichen Schwerölreserven im Orinoco-Gürtel. Das russische Erdölkonglomerat "Gazprom" studiert die Erschließung venezolanischer Gasreserven und die Bildung eines von Venezuela vorgeschlagenen Gaskartells zwischen Russland, dem Iran und Katar. Nach dem Abgang kanadischer Unternehmen hat eine russische Bergbaugesellschaft den Zuschlag für den Abbau von Golderzen erhalten. Auch wurde zwischen den beiden Ländern über die Bereitstellung von russischer Technologie für den Bau eines Nuklearreaktors in Venezuela zur Energiegewinnung gesprochen, ohne dass hierzu bisher konkrete Vereinbarungen bekannt wurden.

Beim Besuch von Dmitrij Medwedew in Caracas im November 2008, dem ersten eines russischen Staatspräsidenten in Venezuela, wurde ein Abkommen im Umfang von 4 Mrd. US\$ zu Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsbank unterzeichnet. Ziel dieser Bank soll es sein, eine Anzahl von Projekten der verarbeitenden Industrie und im Bergbau zu finanzieren.

Am Rande der OPEC-Konferenz in Wien im März 2009 unterzeichnete Venezuela ein weiteres Abkommen mit Russland im energiepolitischen Bereich. Nach Angaben des venezolanischen Energieministeriums beinhaltet dieses Abkommen Vereinbarungen über russische Direktinvestitionen in Höhe von "mindestens sechs Milliarden US\$" für die Prospektion und Förderung schweren Erdöls im Orinoco-Gürtel.

Parallel zu Russland hat Venezuela Wirtschafts- und Energieabkommen mit dem von internationalen Sanktionen betroffenen Weißrussland geschlossen. Bisher beschränken sich diese Abkommen weitgehend auf die Lieferung von Waffen nach Venezuela, entweder direkt oder über Russland.

4.1.3 Iran

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die in den letzten Jahren wachsende Zusammenarbeit Venezuelas mit dem Iran beiden Ländern dazu dient, ihre außenpolitischen Ziele zu bündeln. So haben Venezuela und der Iran innerhalb der OPEC eine Allianz gebildet, um ein Gegengewicht zur Partnerschaft zwischen Saudi-Arabien und den USA zu bilden. Venezuela unterstützt als einziges westliches Land die iranische Nuklearpolitik. Es war auch das einzige Land, das sich im September 2005 der den Iran verurteilenden Resolution der Internationalen Agentur für Atomenergie (IAEA) widersetzte. Der Iran seinerseits erhielt von Präsident Chávez die Möglichkeit einer wachsenden Präsenz in Venezuela zugestanden, die dazu geeignet sein kann, die USA zu irritieren.

Seit Beginn seiner Amtszeit stattete Chávez dem Iran fünf Staatsbesuche ab. Bei seinem ersten Venezuela-Besuch Anfang 2007 wurde Präsident Ahmadinejad von Präsident Chávez als ein "großer Verfechter des Friedens" begrüßt. Beide Präsidenten fanden sich in ihrer gemeinsamen Ablehnung des von ihnen angeprangerten US-Imperialismus.

Die Beziehungen zwischen dem Iran und Venezuela entbehren jedoch nicht einer kommerziellen Dimension. Zwischen 2005 und 2007 haben die beiden Länder nach eigenen Angaben 82 bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, mithilfe derer der Warenhandel sowie Investitionen des Iran in Venezuela in den Sektoren Energie, Industrie und Finanzen gefördert werden sollen. Beim letzten Besuch von Ahmadinejad im November 2009 wurden 45 weitere Kooperationsabkommen auf den Gebieten der industriellen, technologischen, agrarischen und touristischen Zusammenarbeit geschlossen. Der Iran zeigt seinerseits Interesse am Abbau venezolanischer Mineralien einschließlich Uran-Erzen. Nach Angaben des venezolanischen Mi-

nisters für Bergbau und Schwerindustrie im September 2009 wurden gemeinsam mit dem Iran geologische Prospektierungen in Landstrichen aufgenommen, in denen sich nach ersten Untersuchungen umfangreiche Lagerstätten von Uran-Erzen befinden. Das Volumen der vom Iran in Aussicht gestellten Investitionen ist weitgehend unbekannt. Angaben darüber schwanken zwischen 5 und 20 Mrd. US\$. Falls iranische Investitionen in dieser Höhe getätigt werden, würde der Iran nach China in der Zukunft zum zweitgrößten Auslandsinvestor in Venezuela. Der bilaterale Handel zwischen den beiden Ländern lag 2008 nach vorläufigen Angaben bei rund 2,5 Mrd. US\$. Iran und Venezuela arbeiten auch innerhalb der OPEC eng zusammen. Der Iran und Venezuela gehören dort zu den "Falken", die gemeinsam regelmäßig für Produktionskürzungen stimmen, um die Preise hoch zu halten.

Die direkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Venezuela erhielt 2007 mit der Einrichtung eines wöchentlichen Fluges zwischen Caracas und Teheran, der teilweise mit Flugzeugen des Typs "Boeing 747" bestritten wird, einen Schub. Im Februar 2008 unterzeichneten die beiden Länder einen Beistandspakt.

4.2 Neue regionale Allianzen im Zeichen der Erdöldiplomatie

Besonders seit 1999 betrachtet Venezuela die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit seinen lateinamerikanischen Nachbarn und die Begründung neuer regionaler Allianzen als Mittel einer Politik der wirtschaftlichen und politischen Einigung Lateinamerikas gegen die US-amerikanische Vorherrschaft (Boeckh 2006). Im Vordergrund stehen dabei bilaterale Energieabkommen mit den Ländern im Süden des Subkontinents und die Gewährung von Sonderkonditionen bei Erdöllieferungen aus Venezuela in die Karibik und nach Mittelamerika (Arriagada 2006). Präsident Chávez benutzt dabei das Erdöl als wesentlichen wirtschaftlichen und geopolitischen Faktor für die Propagierung einer sich an der Vision Simón Bolívars orientierenden lateinamerikanischen Integration und gelegentlich auch als politische Waffe (Lingenthal 2004).

Mithilfe der Ende 2004 im Rahmen des 3. Südamerikanischen Gipfeltreffens aus der Taufe gehobenen CSN (*Comunidad Sudamericana de Naciones*) sollte eine Zusammenführung der Andengemeinschaft mit dem MERCOSUR sowie Chile, Guyana und Surinam in die Wege geleitet werden (CSN 2006). Auf Anregung des venezolanischen Staatspräsidenten erfolgte im April 2007 die Umbenennung dieser politischen Staatengemein-

schaft in UNASUR (*Unión de Naciones del Sur*), die im Mai 2008 offiziell als Institution in einem Gründungsabkommen ratifiziert wurde. Ihr Ziel ist es, bis 2025 eine Integration des gesamten südamerikanischen Kontinents und der karibischen Staaten zu erreichen. Weder sie noch die von Chávez 2004 als alternative Finanzinstitution zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds vorgeschlagene “Banco del Sur” haben bisher einen relevanten Beitrag zur lateinamerikanischen Integration oder zur “finanziellen Autonomie” (Maihold 2008) des Subkontinents leisten können. Die “Banco del Sur” (im Oktober 2007 offiziell gegründet), der sich bisher neben Venezuela die Länder Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador und Paraguay angeschlossen haben, soll in der zweiten Hälfte 2009 ihre Arbeit aufnehmen können. Ihr bisher vereinbartes und zu zeichnendes Startkapital von 10 Mrd. US\$, von dem erst ein geringer Teil einbezahlt ist, wird sie zunächst kaum als Alternative zur Weltbank, der Internationalen Entwicklungsbank oder auch der andinen Entwicklungsbank *Corporación Andina de Fomento* (CAF) empfehlen, vor allem wenn die “Banco del Sur”, wie von Chávez angestrebt, als zentrale Quelle für die Finanzierung von Großprojekten im Rahmen von PetroAmérica dienen soll.

Diese – ebenfalls vom venezolanischen Staatspräsidenten geförderte – Initiative strategischer Allianzen staatlicher Erdölfirmer der Region hat sich der Förderung der Energieintegration zwischen den Ländern Mittelamerikas, der Karibik und Südamerikas verschrieben. Chávez will damit die Integration der südamerikanischen Energieinfrastruktur vorantreiben. Sein erstes großes Projekt im Rahmen dieser Allianz, nämlich der Bau einer transkontinentalen Gaspipeline von Venezuela bis Argentinien, hat bisher kein großes Echo gefunden, besonders nicht bei Brasilien, und wurde inzwischen von diesem Land *ad acta* gelegt. In Brasilien stieß der venezolanische Präsident nicht nur mit diesem Projekt, sondern auch mit der “Banco del Sur” und den von ihm propagierten gemeinsamen Projekten zwischen der venezolanischen PDVSA und der brasilianischen Petrobras eher auf Zurückhaltung.

Im Dezember 2004 wurde im Rahmen eines Abkommens zwischen Venezuela und Kuba ALBA, die *Alternativa Bolivariana para las Américas* ins Leben gerufen (ALBA 2006). Hugo Chávez, unzufrieden mit den bisherigen Ergebnissen der bestehenden lateinamerikanischen Integrationsbündnisse, hatte die Idee der ALBA erstmals 2001 im Rahmen eines Gipfeltreffens der Karibikstaaten als eine alternative Form kontinentaler Integration vorgetragen und 2003 bei einem Treffen der ALADI in Montevideo offiziell vorgestellt (Husar 2007). 2006 trat Bolivien mit dem Handelsvertrag der Völker

der ALBA bei. 2007 ratifizierte das nicaraguanische Parlament den Beitritt seines Landes und 2008 schlossen sich der Inselstaat Dominica sowie Honduras der Staatengemeinschaft an. 2009 wurden Ecuador, Antigua y Barbuda sowie St. Vincent und die Grenadinen als neue Mitglieder aufgenommen. Zudem erfolgte eine Umbenennung in *Alianza Bolivariana para las Américas*. Im Dezember 2009 erklärte Honduras nach einem Putsch seinen Austritt aus der ALBA. Das Parlament des Landes ratifizierte diesen Schritt im Januar 2010.

“Alba” heißt im spanischen auch “Morgenröte”, aber schon mit der Abkürzung ALBA wurde signalisiert, dass das Bündnis ein Gegenentwurf zu der von den USA initiierten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA sein sollte. Die anfängliche Konzeption von ALBA bestand darin, daraus eine Alternative zu den auf Freihandel abzielenden regionalen Integrationsbündnissen und eine Gegenorganisation zur ALCA zu schaffen. Die ALBA verfolgt das Ziel, eine neue, “bolivarianische” Wirtschaftspolitik in der Region heimisch zu machen, basierend auf den Prinzipien von Kooperation, komplementärem Warenaustausch – auch in Form des Naturalienhandels – sowie gegenseitiger Hilfe und Solidarität.

Zwischen den Mitgliedsstaaten der ALBA wurden inzwischen zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen, insbesondere im Energiesektor. Venezuela unterstützt die übrigen Mitgliedsländer des Bündnisses durch Erdöllieferungen mit Preisabschlägen und zu außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen, auch durch die Akzeptierung von Naturalien als Zahlungsmittel. Es ist jedoch gerade diese wirtschaftliche Abhängigkeit von Venezuela, die – je nach Entwicklung der Erdölpreise – die Erfolgchancen der ALBA als alternatives regionales Integrationsbündnis infrage stellen.

Während Bolivien und Nicaragua großzügig von Venezuela unterstützt werden, spielt bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen Venezuelas zu den Mitgliedsländern der ALBA die Allianz mit Kuba eine besondere Rolle. Diese geht so weit, dass zeitweise von einer möglichen Föderation zwischen Venezuela und Kuba gesprochen wurde. Der Gedanke einer föderativen Staatengemeinschaft ist jedoch nach der Übernahme der Präsidentschaft Kubas durch Raúl Castro und vor allem nach den jüngsten personellen Veränderungen in der kubanischen Führungsspitze wieder in den Hintergrund getreten. Kuba und Venezuela haben in den letzten Jahren ca. 300 Kooperationsabkommen unterzeichnet. Im Mittelpunkt dieser Abkommen stehen die Lieferung Venezuelas von gegenwärtig durchschnittlich rund 90.000 bis 100.000 Fass/Tag Rohöl und -derivaten zu Sonderkonditionen und die Be-

gleichung derselben seitens Kuba durch die Entsendung von medizinischem Personal, Lehrern, Sporttrainern sowie Angehörigen anderer Berufsgruppen, deren Gesamtzahl zeitweise auf über 30.000 Personen geschätzt wurde. Rund ein Drittel des von Venezuela bezogenen Erdöls wird von Kuba zu Weltmarktpreisen auf den Spotmärkten weiterverkauft und lindert auf diese Weise die chronische Devisenknappheit des Inselstaates. Venezuela half Kuba bei der Verbesserung der Stromversorgung und der Wiederinstandsetzung einer noch aus den Zeiten der Sowjetunion stammenden Raffinerie in Cienfuegos. Im Projektstadium befinden sich der gemeinsame Bau eines petrochemischen Komplexes in Kuba sowie eines Stahlwerkes in Venezuela. Ein Teil der Importe öffentlicher venezolanischer Einrichtungen und Unternehmungen aus Drittländern wird über Kuba abgewickelt. Einschließlich dieser Dreiecksgeschäfte wird das gesamte Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern inzwischen auf bis zu 7 Mrd. US\$ geschätzt.

Im Rahmen von PetroCaribe, einem 2005 zwischen Venezuela und zunächst 13 Staaten der Karibik geschlossenen Abkommen, leistet Venezuela einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der Energieversorgung dieser Region. Die Regierung Chávez liefert an die Mitglieder des Zusammenschlusses durchschnittlich ca. 200.000 Fass Rohöl täglich zu Sonderkonditionen, knapp die Hälfte davon an Kuba (Ecker 2005). Nicaragua ist PetroCaribe 2006 beigetreten, Honduras 2007, Costa Rica und Guatemala 2008, um in den Genuss der von Venezuela angebotenen Vergünstigungen zu gelangen. Panamas Staatspräsident Torrijos hatte im März 2009 den Beitritt seines Landes in Aussicht gestellt. Nach dem Amtsantritt des neuen panamaischen Staatspräsidenten Martinelli im Juli 2009 wurde dieses Thema von Panama jedoch bisher nicht weiter verfolgt.

Neben der Lieferung von Erdöl zu günstigen Bedingungen hat Venezuela den Mitgliedern von PetroCaribe zugesagt, Hilfestellung bei der Schaffung von Hafenstrukturen und Lagerkapazitäten, eines Transportnetzes sowie bei der Verarbeitung von Rohöl zu leisten. Nach den Vorgaben Venezuelas sollen weder Transport noch Lagerung oder Weiterverarbeitung des Erdöls von internationalen Erdölkonzernen bewerkstelligt werden. Die Nicaragua zugesagte Finanzierung einer Raffinerie wurde jedoch erst einmal bis 2012 zurückgestellt. PDV-Caribe, eine eigens für die Umsetzung der venezolanischen Verpflichtungen von der staatlichen venezolanischen PDVSA geschaffene Filiale, hat ihren Sitz in Havanna erhalten.

Mit dem PetroCaribe-Abkommen verzichtet Venezuela bewusst auf einen Teil der möglichen Erlöse aus Erdölexporten, was wirtschaftlich für das

Land wenig Sinn macht. Dieser Verzicht kann jedoch nicht allein der Suche nach alternativen Formen wirtschaftlicher Integration und der internationalen Solidarität (Ecker 2005) zugeschrieben werden, denn sicher spielt auch hier der Kauf politischer Loyalitäten eine gewichtige Rolle: Die Stimmen der kleinen karibischen Inselstaaten und der Länder Mittelamerikas wiegen auf der internationalen Bühne, bei der OAS (*Organization of American States*) oder der UNO (*United Nations Organization*), genauso viel wie etwa die der USA, Brasiliens oder Chiles.

5. Zusammenfassung

Die venezolanische Exportwirtschaft wurde bis weit in die 1920er Jahre fast ausschließlich von Kaffee- und Kakaoausfuhren getragen. Mit Beginn der kommerziellen Förderung und dem Export von Erdöl nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine neue außenwirtschaftliche Abhängigkeit begründet, die im Laufe der letzten Jahre noch weiter gewachsen ist. Nennenswerte Exportkapazitäten außerhalb des Erdölsektors wurden nicht geschaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes blieb niedrig.

Bei der vor diesem Hintergrund verfolgten Außenwirtschaftspolitik haben sich seit dem Amtsantritt von Präsident Hugo Chávez bedeutende Veränderungen ergeben. Zusammen mit der Anstrengung einer geographischen Schwerpunktverlagerung wurden wirtschaftliche Ziele weitgehend von geopolitischen und geostrategischen Zielen abgelöst.

Trotz des sukzessiven Ausbaus der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit neuen Handelspartnern wie China, Russland, Weißrussland, Vietnam, Iran und Indien konnte Venezuela jedoch seine traditionelle außenwirtschaftliche Abhängigkeit von den USA bisher nur wenig verringern.

Mit den in den letzten Jahren von Venezuela ausgehenden regionalpolitischen Initiativen sollten der Einfluss der USA in Lateinamerika eingedämmt und "bolivarianische" Politikansätze in die Region exportiert werden. Im Vordergrund der neuen Außenwirtschaftspolitik Venezuelas standen dabei die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Nachbarländern, bilaterale energiepolitische Abkommen, der beabsichtigte Anschluss an MERCOSUR, alternative Formen der Integration (ALBA) und die Gewährung von Sonderkonditionen bei Erdöllieferungen an die Länder der Karibik (PetroCaribe), wobei Kuba eine Sonderrolle einnimmt.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigte allerdings, dass die Außenwirtschaftspolitik Venezuelas auch in der Phase ihrer Neuorientierung, ebenso wie das Wirtschaftsgeschehen im Lande selbst, nach wie vor von der Variab-

le Erdölpreis abhängen, wobei die Abhängigkeit des Landes vom Erdöl unter Präsident Chávez weiter zugenommen hat. Letztlich wird es deshalb auch dieser Faktor sein, der ganz maßgeblich über den Erfolg oder Misserfolg der neuen Außenwirtschaftspolitik und den Integrationsinitiativen Venezuelas entscheiden wird.

Literaturverzeichnis

- ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas) (2006): *Qué es el ALBA?* (<www.alternativabolivariana.org/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=1>; 21.12.2010).
- Arriagada, Genaro (2006): "Petropolitics in Latin America. A Review of Energy Policy and Regional Relations". In: <www.thedialogue.org/publications/2006/winter/arriagada.pdf> (14.08.2009).
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2009): *Länderinformationen Venezuela* (<www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/>; 14.09.2009).
- Boeckh, Andreas (2006): *Venezuela nach 8 Jahren Hugo Chávez* (<www.politikwissenschaft-lateinamerika.de/downloads/VenezuelaBerlinOkt2006.pdf>; 14.09.2009).
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (Hrsg.) (2008): *Wirtschaftsentwicklung Venezuela 2004*. Köln.
- Cardozo de Silva, Elsa/Hillmann, Richard S. (2003): "Venezuela: Petroleum, Democratization and International Affairs". In: Mora, Frank O./Hey, Jeanne A. K.: *Latin American and Caribbean Foreign Policy*. Lanham, S. 145-164.
- CIA World Factbook (2009): *Venezuela* (<www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/print/ve.html>; 14.09.2009).
- Cohen, Ariel/Walser, Ray (2008): *The Russia-Venezuela Axis: Using Energy for Geopolitical Advantage* (<www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/wm2000.cfm>; 14.09.2009).
- CSN (Comunidad Sudamericana de Naciones) (2006): *Un Nuevo Modelo de Integración de América del Sur. Hacia la Unión Sudamericana de Naciones* (<www.cumbresudamericana.bo/pdf/pdfreflexion.pdf>; 14.09.2009).
- Diehl, Oliver (Hrsg.) (2005): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, 61). Frankfurt am Main.
- Ecker, Wolfgang (2005): *Venezuela und die Lateinamerikanische Integration* (Info-Blatt 67 des Ökumenischen Büros München). München.
- EIA (Energy Information Administration) (<www.eia.doe.gov>; 14.09.2009).
- Husar, Jörg (2007): "Globalisierung und neue Formen der Integration in Lateinamerika: Vom offenen Regionalismus zur Binnenorientierung?". In: *Lateinamerika Analysen*, 17, 2, S. 83-100.
- Husar, Jörg/Maihold, Günther (2006): "Neue Prioritäten im MERCOSUR. Der Beitritt Venezuelas und seine Konsequenzen für das südamerikanische Integrationsbündnis". In: *SWP-Aktuell*, 2006/A 36. Berlin.

- Karl, Terry Lynn (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley.
- Keller, Sabrina (2004): "Venezuela". In: Neu, Michael/Gieler, Wolfgang/Bellers, Jürgen: *Handbuch der Außenwirtschaftspolitik: Staaten und Organisationen: Afrika, Amerika, Asien, Europa, Ozeanien*. Berlin/Hamburg/Münster, S. 351-358.
- Lingenthal Michael (2004): "Venezuela. Die so genannte bolivarianische Revolution". In: *KAS Auslandsinformationen*, 1, 4. St. Augustin bei Bonn.
- Maihold, Günther (2008): *Außenpolitik als Provokation* (SWP-Studie). Berlin.
- Morón, Guillermo (1964): *A History of Venezuela*. London.
- Schaeffler, Klaus (1980-2009): *Wirtschaftsnachrichten Venezuela*. Caracas.
- Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.) (2005): *Venezuela. Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef.
- Tautz, Carlos (2006): *Dos Cumbres, dos rumbos de integración* (<www.ipsnoticias.net/interna.asp?idnews=39594>; 14.09.2009).
- Walser, Ray (2009): *What to Do about Hugo Chávez: Venezuela's Challenge to Security in the Americas* (<www.heritage.org/Research/LatinAmerica/bg2243.cfm>; 14.09.2009).
- Zöpel, Christoph (2008): "La integración sudamericana como requisito de la independencia". In: *Nueva Sociedad*, 216, S. 25-34.